

Regierungserklärung zum Europäischen Rat

Europas gemeinsame Stimme

Der Weg ist lang – aber unvermeidbar. Die Herausforderungen in Europa sind groß. „Die Staatsschuldenkrise ist noch nicht bewältigt“, sagte CSU-Landesgruppenvorsitzende Gerda Hasselfeldt in der Aussprache zur Regierungserklärung zum Europäischen Rat in Brüssel am Donnerstag. Dennoch dürfe man die erzielten Erfolge nicht kleinreden. Diese seien das Ergebnis einer richtigen Weichenstellung in Europa und in den einzelnen Ländern.



Foto: picture alliance/dpa

Spanien, Portugal und Irland haben den Rettungsschirm verlassen. Drei Länder, die diese erfolgreiche Politik in Europa symbolisieren. Bankenregulierung, Europäischer Stabilitätsmechanismus oder Strukturreformen in den Ländern – die Liste der Maßnahmen, die zur Rettung hochverschuldeter Staaten getroffen wurden, ist lang. Doch all diese Entscheidungen seien richtig und wichtig. Nun müsse man Wachstum schaffen, investieren und vor allem die Jugendarbeitslosigkeit in Europa bekämpfen, sagte Gerda Hasselfeldt im Plenum des Bundestages. „Dazu brauchen wir keine schuldenfinanzierten konjunkturpolitischen Strohfeuerprogramme“, so die CSU-Landesgruppenvorsitzende. Im Gegenteil: Das 315-Milliarden-Euro-Programm von EU-Kommissionspräsident Juncker sei ein Investitionspaket, welches privates Kapital in den Mittelpunkt stelle. Kanzlerin Dr. Angela Merkel betonte in ihrer Regierungserklärung, die Bewältigung der Krise funkti-

oniere nur Schritt für Schritt. Dazu müsse man private Investitionen mobilisieren. „Es sind und bleiben die Unternehmer, die Arbeitsplätze schaffen“, so die Kanzlerin im Deutschen Bundestag. Für Investitionen ist Vertrauen in die Politik notwendig, unterstrich Hasselfeldt. Deshalb führe an den notwendigen Strukturreformen und an der notwendigen Haushaltskonsolidierung weiterhin kein Weg vorbei.

**Vertrauen
schaffen – Wirtschaft stärken**

„Wir in Deutschland haben eine Vorreiterrolle und auch eine Vorbildfunktion“, so die Vorsitzende der CSU-Landesgruppe. Hasselfeldt ergänzte: „Europa ist aber nicht nur eine wirtschaftliche Kooperation, fast eine wirtschaftliche Abhängigkeit voneinander. Dieses Europa hat auch eine gemeinsame außenpolitische Stimme.“ Russland verletze die territoriale Integrität und das Selbstbestimmungsrecht der Staaten, so Hasselfeldt und ergänzte: „Jeder, der Völkerrechtsverletzungen schönredet und sie als nicht so wichtig abtut, hat aus der Geschichte nichts gelernt.“



Liebe Leserinnen und Leser,

in dieser Woche ist die Große Koalition ein Jahr im Amt. Wir haben schon viel erreicht, wenn ich zum Beispiel an den in diesem Jahr bereits strukturell ausgeglichenen Haushalt, die Maut oder die Mütterrente denke.

Manche Entwicklungen haben wir aber auch nicht vorhergesehen, insbesondere in der Außenpolitik. Die Krisen im Irak und in Syrien, in der Ukraine sowie der Ebola-Ausbruch in Westafrika verursachen unendliches Leid und stellen die Menschen vor Ort vor existenzielle Herausforderungen. Die Bundesregierung hat in all diesen Fällen besonnen reagiert und besondere Kraftanstrengungen im Bereich der humanitären Hilfe unternommen. Alle Maßnahmen erfolgten immer in enger Abstimmung und Zusammenarbeit mit unseren Partnern auf europäischer und internationaler Ebene.

Auch der Bundestag befasst sich in seiner letzten Sitzungswoche mit außenpolitischen Themen, nämlich den Mandaten für den Bundeswehrein-satz in Afghanistan zur Ausbildung und Beratung der nationalen Sicherheitskräfte und dem Einsatz zur maritimen Terrorismusabwehr im Mittelmeer. Darüber hinaus plant die Bundesregierung bis zu 100 Soldaten in den Nordirak zu entsenden. Diese sollen die Sicherheitskräfte in der Region für deren Kampf gegen die Terrororganisation des Islamischen Staates ausbilden.

Die Abgeordneten der CSU-Landesgruppe sind sich ihrer Verantwortung gegenüber den Soldaten bewusst. Die drohenden Gefahren gebieten eine sorgfältige Abwägung jeder Einzelentscheidung über einen Auslandseinsatz. An dieser Stelle möchte ich unseren Soldaten herzlich für ihren Dienst für uns und die Menschen vor Ort danken. Gerade in der Weihnachtszeit sind unsere Gedanken bei denen, die jetzt nicht im Kreise ihrer Familie das Weihnachtsfest feiern können.

Ich wünsche Ihnen allen gesegnete Weihnachten und ein frohes Neues Jahr 2015!



Florian Oßner MdB

Fragen und Antworten

Infrastrukturabgabe: „Wir haben die EU auf unserer Seite“

„Die Infrastrukturabgabe ist fair, sinnvoll und gerecht – es bleibt dabei“, so Bundesminister Alexander Dobrindt und ergänzte: „Wir haben die EU auf unserer Seite.“ Der Weg von der Steuerfinanzierung hin zur Nutzerfinanzierung sei richtig, betonte der Minister in der Aktuellen Stunde zur Infrastrukturabgabe am Donnerstag. Fragen und Antworten rund um die sogenannte Pkw-Maut:

Was ist die Infrastrukturabgabe?

Jeder Halter eines in Deutschland und außerhalb Deutschlands zugelassenen Pkw muss die Infrastrukturabgabe bezahlen. Die Abgabe gilt für die Nutzung von Autobahnen und Bundesstraßen, wobei die Halter im Ausland zugelassener Pkw nur auf Autobahnen abgabepflichtig sind. In einem getrennten Gesetz wird die Steuerlast für die in Deutschland zugelassenen Pkw bei der Kraftfahrzeugsteuer gesenkt. Halter im Ausland zugelassener Pkw können anstelle einer Jahresvignette für 130 Euro eine Vignette für zehn Tage oder zwei Monate erwerben, wie es auch in anderen Ländern möglich ist.



Foto: picture alliance/westend61

Was bringt die Infrastrukturabgabe?

Deutlich mehr Geld: Rund 500 Millionen Euro zusätzlich werden pro Jahr eingenommen. Das sind zwei Milliarden Euro in einer Legislaturperiode. Diese Mittel sind zweckgebunden, dürfen also nur für Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur genutzt werden.

Was bedeutet die Infrastrukturabgabe für den deutschen Autofahrer?

Es wird für die Halter in Deutschland zugelassener Pkw keine zusätzlichen Belastungen mit der Einführung der Infrastrukturabgabe geben. Für die elektronische Vignette gilt ein umfassender Datenschutz.

Diese Woche

Regierungserklärung zum Europäischen Rat Europas gemeinsame Stimme	1
Fragen und Antworten Infrastrukturabgabe: „Wir haben die EU auf unserer Seite“	2
Bundestags-ABC Was ist eine ... Petition?	2
Regionale Wirtschaftspolitik Für Wachstum und Beschäftigung	3
Griechenland Währungsunion stabilisieren	3
Verband der bayerischen Wirtschaft Im Gespräch mit der Wirtschaft	3
Asyl Zum Schutz der Menschen	3
Neue Gesetze zum 1. Januar 2015 Prost Neujahr: Das ändert sich zum Jahreswechsel	4
Rückblick: Highlights 2014 Versprochen ist versprochen: Das trat 2014 in Kraft	4

IMPRESSUM:

Der Meinungsbeitrag auf S. 1 gibt die persönliche Auffassung des betreffenden Abgeordneten wieder.
Foto Editorial: Pleyer Landshut

Redaktion: Inge Niebergall
Verantwortliche Redakteurin: Linda Dietze
11011 Berlin · Platz der Republik 1

Telefon: (030) 227 - 70212
e-mail: bab@cducsu.de
internet: www.csu-landesgruppe.de

Diese Veröffentlichung der CSU-Landesgruppe dient ausschließlich der Information und darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.

Bundestags-ABC

Was ist eine ... Petition?

Die Stimme des Volkes ist der Grundpfeiler einer Demokratie. Dabei gibt es viele Instrumente, mit denen jedermann seine Meinung sagen kann – nicht nur an Wahlsonntagen. Eines davon ist die Petition. Jeder hat das Recht, Bitten oder Beschwerden direkt an das Parlament zu senden.



Deutscher Bundestag

Petition einreichen

Petitions-Forum

Service und Information

Foto: Screenshot bundestag.de

Das Petitionsrecht ist ein Grundrecht und somit festgeschrieben – im Grundgesetz Artikel 17. Demnach kann sich jeder – also auch Kinder – „einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung wenden“. Rund 18.000 Petitionen gehen jährlich beim Deutschen Bundestag ein, die dann im Petitionsausschuss des Parlaments behandelt werden. Eine Petition muss schriftlich eingereicht werden. Dabei wird jede Eingabe je nach Sachgebiet bearbeitet. Seit

2005 können die Petenten ihre Bitten und Beschwerden auch online auf der Homepage des Deutschen Bundestages einreichen. Dort kann jedermann die öffentliche Petition mitzeichnen. Wichtige Bedingung ist jedoch, dass die Petition die Gesetzgebung auf Bundesebene oder die Tätigkeit von Bundesbehörden betrifft – nur dann kann sie vom Petitionsausschuss des Bundestages bearbeitet werden. Der Petitionsausschuss legt dem Plenum des Deutschen Bundestages eine Sammelübersicht mit den Beschlussempfehlungen vor.

Regionale Wirtschaftspolitik



Foto: picture alliance/dpa

Für Wachstum und Beschäftigung

Regionale Wirtschaftspolitik ist ein zentraler Pfeiler der sozialen Marktwirtschaft, das betonte Karl Holmeier, wirtschaftspolitischer Sprecher der CSU-Landesgruppe, im Deutschen Bundestag. Am Freitag debattierte das Plenum über Maßnahmen für ein besseres Wirtschaftswachstum in allen Regionen Deutschlands.

Das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner sei in Deutschland seit 2005 um 19 Prozent gewachsen, sagte Holmeier. Mit ihrem Antrag möchten die Koalitionsfraktionen bereits jetzt über die Ausgestaltung der regionalen Wirtschaftspolitik ab 2020 debattieren. Mit einer langfristigen Ausrichtung der Förderungspläne werde Planungssicherheit für Länder und Regionen hergestellt. Die Förderung strukturschwacher Regionen leiste einen Beitrag für mehr Wachstum und Beschäftigung, so Holmeier weiter.

Griechenland



Foto: picture alliance/dpa

Währungsunion stabilisieren

Die griechische Wirtschaft habe sich in vielen Punkten verbessert, unterstrich der CSU-Abgeordnete Alois Karl in seiner Rede am Donnerstag. Der Bundestag debattierte eine technische Verlängerung der finanziellen Stabilisierungshilfen Griechenlands: Für die vereinbarten Reformanstrengungen benötigt Griechenland noch zwei weitere Monate. Außerdem hat der Bundestag über den Antrag Griechenlands beraten, für die Zeit nach Auslaufen des zweiten Anpassungsprogramms, Stabilitätshilfe in Form einer vorsorglichen Kreditlinie zu gewähren. „Wenn ich sehe, dass sich Griechenland in den letzten Jahren durchaus positiv entwickelt hat, wenn ich weiterhin sehe, dass diese 10,9 Milliarden Euro, um die es geht, nicht neues Geld ist, sondern umgeschichtetes Geld von dem Rettungsschirm EFSF hin zum ESM, dann bin ich sehr zuversichtlich, dass sich unser Risiko nicht erhöht“, unterstrich Alois Karl. Die CSU-Landesgruppe forderte weitere Anstrengungen für Strukturreformen, solide Haushalte und Bürokratieabbau.

Verband der bayerischen Wirtschaft



v.l.n.r. Alfred Gaffal, Gerda Hasselfeldt, Alexander Dobrindt und Bertram Brossardt

Foto: CSU-Landesgruppe

Im Gespräch mit der Wirtschaft

Der ausgeglichene Haushalt und die EEG-Reform seien für die Wirtschaft positive Signale, lobte Alfred Gaffal, Präsident des Verbandes der bayerischen Wirtschaft, die Arbeit der Union in der Bundesregierung. Die CSU-Landesgruppenvorsitzende Gerda Hasselfeldt sowie weitere Abgeordnete der CSU blickten gemeinsam mit Wirtschaftsvertretern in einem Gespräch auf das erste Jahr der Großen Koalition zurück.

Hasselfeldt bekräftigte: „Der ausgeglichene Haushalt ist ein Zeichen von Zuverlässigkeit.“ Sie unterstrich, dass die Union auch beim Thema Steuern hart bleibe. „Dieses Land braucht keine Steuererhöhungen.“ Mit aller Kraft werde die CSU-Landesgruppe auch für die Abschaffung der Kalten Progression zum 1. Januar 2017 arbeiten, sagte Gerda Hasselfeldt.

Asyl



Foto: picture alliance/ZB

Zum Schutz der Menschen

Die Krisen dieser Welt bestimmten das politische Jahr 2014. Jeder Konflikt bringt Not und Elend. So stiegen die Flüchtlingszahlen in diesem Jahr enorm – das Bundesinnenministerium rechnet mit mehr als 200.000 Asylbewerbern. Im November stammten rund 27 Prozent aller Asylbewerber aus Syrien – einem Land, in dem die Terrororganisation IS mordet und aus dem die Menschen vor dem Bürgerkrieg fliehen. „Asyl dient in erster Linie dem Schutz von verfolgten Menschen“, unterstreicht die CSU-Abgeordnete Andrea Lindholz und ergänzt: „Asyl dient weder der Armutsbekämpfung noch der Fachkräftegewinnung.“ Es sei daher absolut richtig, so Lindholz, dass die unionsgeführte Bundesregierung ihren Fokus auf das Zentrum der Krise lege. Seit 2012 habe Deutschland rund 800 Millionen Euro für die Flüchtlingshilfe in Syrien und den Nachbarländern zur Verfügung gestellt. Weitere 500 Millionen sollen folgen. Dies sei ein wesentlicher Beitrag zur Stabilisierung der Region.

Neue Gesetze zum 1. Januar 2015

Prost Neujahr: Das ändert sich zum Jahreswechsel

Neues Jahr – neue Gesetze. Zum 1. Januar 2015 treten eine ganze Reihe von Verbesserungen und Änderungen für die Bürgerinnen und Bürger in Kraft, die der Deutsche Bundestag noch 2014 auf den Weg gebracht hat. Eine Auswahl:

Ausgeglicherer Haushalt: Die „schwarze Null“ steht. Erstmals seit mehr als 45 Jahren sind im Bundeshaushaltgesetz für das Jahr 2015 keine neuen Schulden verzeichnet. Ab Januar wird der Bund insgesamt 299,1 Milliarden Euro ausgeben – dabei sind die Ausgaben für Bildung und Forschung so hoch wie nie.

Pflegestärkungsgesetz: Eine älter werdende Gesellschaft, Nachwuchs-sorgen in der Branche: Die Pflege steht vor großen Herausforderungen. Das erste Pflegestärkungsgesetz verbessert die häusliche und stationäre Pflege enorm: Mehr Betreuungspersonal in Einrichtungen, flexiblere Leistungen in der Kurzzeit- und Verhinderungspflege sowie höhere finanzielle Zuschüsse – das sind nur drei von vielen in krafttretenden Verbesserungen für Pflegebedürftige, Angehörige und Pflegepersonal. Insgesamt steigen die Pflegeleistungen um vier Prozent. Das sind Mehrausgaben von 2,4 Milliarden Euro.

Elterngeld Plus: Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist eines der Hauptanliegen der unionsgeführten Bundesregierung. Deshalb wird das Elterngeld nun flexibler gestaltet.



Foto: picture alliance/RelaxImage

Eltern, die nach der Geburt ihres Kindes in Teilzeit 30 Stunden pro Woche arbeiten wollen, können das Elterngeld ab sofort doppelt so lange wie bisher beziehen – insgesamt bis zu 14 Monate. Die Neuregelung stärkt vor allem Mütter, die nach dem Mutterschutz und Babypause wieder ins Berufsleben starten.

Bafög: Der Bund übernimmt die Kosten der Ausbildungsförderung komplett. Damit werden die Länder enorm entlastet. Denn bisher mussten sich diese mit 30 Prozent an der Finanzierung des Bafögs beteiligen. Die frei werdenden Gelder der Länder sollen nun in Bildung investiert werden.

Steuer-Selbstanzeige: Die Regelungen zur strafbefreienden Selbstan-

zeige werden verschärft. Unter anderem sinkt die Grenze, bis zu der eine Selbstanzeige ohne Zahlung eines Zuschlags straffrei bleibt, von 50.000 auf 25.000 Euro. Außerdem werden die Verjährungsfristen angehoben.

BRRD-Umsetzungsgesetz: Steuergelder zur Rettung maroder Banken werden künftig weitgehend unnötig. Ab dem 1. Januar 2015 gilt die Richtlinie über die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen (BRRD). Demnach werden nun zuerst die Eigentümer, dann die Gläubiger und der neue Abwicklungsfonds, welcher mit Geldern der Banken gefüllt ist, herangezogen. Erst anschließend, wenn diese Maßnahmen nicht ausreichen, greift der Europäische Stabilitätsmechanismus.

Rückblick: Highlights 2014

Versprochen ist versprochen: Das trat 2014 in Kraft

Ein Jahr Große Koalition: Bereits 2014 konnte die unionsgeführte Bundesregierung zahlreiche Vorhaben umsetzen. Von Mütterrente über die Eindämmung des Sozialmissbrauchs bis hin zu sicheren Herkunftsstaaten – drei wichtige CSU-Anliegen, die nun Gesetz sind:

Mütterrente: Für 9,5 Millionen Frauen bedeutet dies eine Verbesserung. Die CSU-Landesgruppe setzte durch, dass Frauen, die Kinder vor 1992 geboren haben, diese Erziehungszeiten in der Rente besser honoriert bekommen. Seit 1. Juli 2014 bedeutet dies pro Kind rund 28 Euro monatlich mehr. Die Mütterrente schließt die Gerechtigkeitslücke bei der Bewertung von Erziehungszeiten zwischen älteren und jüngeren Frauen mit Kindern.

Sichere Herkunftsländer: Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina wurden als sichere Herkunftsländer eingestuft – Asylanträge aus diesen Ländern können schneller bearbeitet werden. Damit wurde ein wichtiges Anliegen der CSU-Landesgruppe im Sinne der Länder und Kommunen durchgesetzt. Denn: Etwa 20 Prozent der Asylbewerber stammten aus diesen Ländern, doch nur bei rund einem Prozent lagen tatsächlich Asylgründe vor.

Freizügigkeitsgesetz: Für Zuwanderer, die die deutschen Sozialsysteme missbrauchen, gelten strengere Regeln. Die CSU-Landesgruppe hatte auf ihrer Klausurtagung in Wildbad Kreuth Anfang Januar 2014 diese Diskussion angestoßen – im Dezember wurde das Freizügigkeitsgesetz entsprechend geändert. Somit können nun unter anderem befristete Wiedereinreiseperrren bei Betrug von Sozialleistungen verhängt werden.